



Resolution 02

der **AUGE/UG** –

**Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen**

zur 174. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer

am 10. Mai 2023

**Resolution: Nur eine ganzheitliche Demokratie kann die Demokratie sicherstellen!**

**Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer erkennt an, dass demokratische Mitbestimmung Garantin für den Erhalt und die Stärkung unserer demokratischen Lebensweise ist und damit auch die Grundlage unseres wirtschaftlichen, gesundheitlichen und kulturellen Wohlstandes sowie einer friedlichen Welt.**

**Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer setzt sich für eine Demokratisierung der Wirtschaft und der Arbeitswelt auf nationaler und globaler Ebene ein.**

Politikmüdigkeit, Demokratiemüdigkeit, Rückzug ins Private, ins Individuelle, Verlust des Zusammenhalts, Zerfall der Solidarsysteme, diese Zuschreibungen prägen die Bestandsaufnahmen unzähliger Studien und Analysen der letzten Jahrzehnte. Als Gründe für diese Resignation werden von vielen Befragten nicht zuletzt das drückende Gefühl der Machtlosigkeit und mangelnde Mitsprachemöglichkeit genannt, sowie das Gefühl ohnehin nur auf sich selbst zurückgeworfen zu sein.

Obwohl es nach dem letzten Weltkrieg einen breiten Konsens aller Gesellschaftsschichten, Teilhabe an Entscheidungsprozessen unter demokratischen und sozialen Aspekten gab, um Wohlstand aufzubauen und Frieden zu sichern, und diese teilweise auch in Regeln und Normen festgeschrieben wurden, konnte trotz allem kein echtes Gleichgewicht der Mitbestimmung für Lohnabhängige erreicht werden.

Durch die Globalisierung in den letzten Jahrzehnten, ohne die dazugehörigen Solidaritäts- und Demokratiestrukturen ebenfalls zu internationalisieren, wurde es zudem auch immer schwieriger, lokal das zu beeinflussen, was leicht in andere Weltgegenden auszulagern war. Damit war die Basis für den ungeschriebenen Konsens eines Kräftegleichgewichts zwischen Unternehmen und Arbeitnehmer:innen im Schwinden.

Die großen, weltweiten gesellschaftlichen Übergänge, die durch Digitalisierung, Klima- und auch Gesundheitskrisen angetrieben werden, sich auch untereinander beeinflussen und verstärken, zeigen deutlich, wie sehr es an diesen internationalen Demokratiestrukturen fehlt. Denn während die Lieferketten wirtschaftlich gut vernetzt und unwidersprochen auf maximalen Erfolg programmiert sind, reißen die Mitbestimmungsketten oft schon in den heimischen Betrieben.

Der mehr oder minder durchgehenden Demokratisierung, mit rechtlich gesicherten Mitbestimmungsmöglichkeiten im öffentlichen Bereich, steht eine im Wesentlichen autoritäre Struktur in den wirtschaftlichen Bereichen gegenüber, die kaum demokratische Beteiligung kennt.

Zusätzlich werden Regeln für den Markterfolg und Regeln für die Einhaltung von Menschenrechten und den Erhalt unseres Planeten allzu oft in Konkurrenz gesetzt oder Ersten sogar untergeordnet, vergessend, dass es Aufgabe eines Marktes sein sollte, den beteiligten Menschen eine gesunde und lebenswerte Grundlage zu bieten und die Ressourcen zu erhalten und zu fördern, auf denen er gegründet ist.

Und es bleibt beinahe immer unwidersprochen, wenn Probleme der wirtschaftlichen Sphäre, die weitgehend ohne demokratische Legitimation handelt, durch gemeinschaftlich erwirtschaftete Mittel gestützt, manchmal gar gerettet werden müssen – ohne, dass dabei je ernsthaft über eine wirksame demokratische Kontrolle dieser Sphären nachgedacht wird. Im Gegenteil: mit jeder Krise wird suggeriert, dass

gemeinschaftlich organisierte, demokratisch kontrollierte Strukturen ineffizient und wohlstandsfeindlich seien. Und dass Maßnahmen nicht schnell genug greifen würden, wenn die Beteiligten und Betroffenen mitreden könnten.

All das bedenkend, ist es keine Überraschung, dass sich solidarische, demokratische und soziale Vertretungen immer schwerer tun, die Menschen davon zu überzeugen, dass sie etwas bewegen können. Es ist ebenfalls keine große Überraschung, dass autoritäre und totalitäre Gruppierungen an Zulauf gewinnen, da sie schnelle Scheinermächtigung über kurzfristig wirksame Lösungen für drängende Probleme anbieten, was für die Vielen, die sich machtlos fühlen, attraktiv sein kann.

Wir sehen es als Bedrohung der Demokratie an sich, wenn sich wirtschaftliche Bereiche als wesentlicher Teil und Lebensgrundlage unserer Gesellschaft, weiterhin undemokratisch strukturieren und sich der Mitbestimmung durch Beteiligte und Betroffene weitgehend entziehen können.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--